

Deutschland, Frankreich und andere EU-Staaten drängen darauf, die Rückkehr von Migranten zu beschleunigen

Von [Jan Strupczewski](#) und [Julia Payne](#)

4. Oktober 2024 17:40 Uhr GMT+2



Ein Junge läuft vor dem Registrierungsbereich für Migranten im Ankunftszentrum für Asylbewerber im Berliner Bezirk Reinickendorf, Deutschland, 6. Oktober 2023.

REUTERS/Fabrizio Bensch/File Photo [Purchase Licensing Rights](#)
[.öffnet neuen Tab](#)

BRÜSSEL, 4. Oktober (Reuters) – Siebzehn europäische Länder forderten am Freitag die Europäische Kommission auf, die EU-Regeln zur Rückführung irregulärer Migranten in ihre Heimatländer zu verschärfen, wie aus einem Dokument hervorgeht, eine Woche vor einem Gipfel, bei dem die Migration voraussichtlich im Mittelpunkt stehen wird Agenda.

Der Brief an das Exekutivorgan des Blocks wurde von 14 der 27 EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet, darunter Deutschland, Frankreich und Italien, sowie von drei Ländern des europäischen passfreien Schengen-Raums – Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein. Dies geschah nach einer Reihe von Wahlen in der gesamten EU, bei denen das Thema Migration im Vordergrund stand, und Anzeichen einer wachsenden Unterstützung in Teilen des Kontinents für Parteien, die strengere Kontrollen fordern.

„Die zentrale Botschaft, über die sich alle einig sind, ist ein klares Signal an die Kommission, dass wir ein strengeres EU-Rückführungssystem mit klareren Kooperationspflichten der Rückkehrer und weniger Interpretationen durch den Europäischen Gerichtshof brauchen“, sagte ein Diplomat aus einem der EU-Staaten der den Brief unterschrieben hat.

Die Unterzeichner argumentierten, dass die aktuellen Vorschriften zu viel Interpretationsspielraum ließen, der zunehmend den Richtern und nicht den gewählten Regierungen überlassen werde, fügte der Diplomat hinzu, der aufgrund der Sensibilität des Themas darum bat, namentlich nicht genannt zu werden.

Die Europäische Kommission äußerte sich nicht unmittelbar dazu, aber da Migration voraussichtlich ein zentrales Thema bei den deutschen Parlamentswahlen im kommenden September sein wird, wird das Thema die Tagesordnung der neuen Kommission dominieren, die voraussichtlich im Dezember ihr Amt antreten wird.

Migration wird wahrscheinlich auch auf der Tagesordnung der EU-Staats- und Regierungschefs stehen, wenn sie sich am 17. und 18. Oktober zu Gesprächen treffen, nachdem [Deutschland letzten Monat vorübergehende Grenzkontrollen wieder eingeführt hat](#) . Der französische Premierminister Michel Barnier sagte, [Paris werde ähnliche Schritte in Betracht ziehen](#) .

Die deutsche Koalitionsregierung hat ihre Haltung zum Thema Migration verschärft, nachdem die Zahl der Neuankömmlinge gestiegen ist und die Unterstützung für die rechtsextremen und konservativen Oppositionsparteien gestiegen ist.

KONTROLLEN, VERPFLICHTUNGEN

Letzte Woche bescherten die österreichischen Wähler der einwanderungsfeindlichen, europaskeptischen und russlandfreundlichen [Freiheitlichen Partei](#) den ersten allgemeinen Wahlsieg überhaupt .

Nach einem Jahrzehnt der Verhandlungen einigte sich die EU Ende letzten Jahres auf ein umfangreiches neues [Regelwerk](#) zur Aufteilung der Kosten und Verantwortlichkeiten für die Betreuung von Migranten. Das von Reuters eingesehene Papier argumentiert, dass die Rückgabepolitik verschärft werden müsse.

„Menschen ohne Bleiberecht müssen zur Verantwortung gezogen werden“, hieß es in dem Blatt.

Sie forderte die Kommission auf, ein neues Gesetz vorzuschlagen, das ausdrücklich festlegt, dass eine Regierung einen irregulären Migranten festhalten kann, der eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellt – eine Option, die seit 2018 diskutiert, aber noch nicht angenommen wurde.

Außerdem wurde gefordert, die Verwaltung von Migrantenfällen digital zu harmonisieren, damit alle Länder dieselbe Software verwenden. Dies würde dazu beitragen, dieselben irregulären Migranten, die in verschiedenen EU-Ländern auftauchen, zu identifizieren und mit ihnen umzugehen.

Schließlich forderte es die Kommission auf, vorzuschlagen, dass Migranten zur Zusammenarbeit mit den Behörden verpflichtet werden sollen.

„Es kommt immer noch zu häufig vor, dass Rückführungsverfahren ausgesetzt werden, weil Personen bei der Identifizierung nicht kooperieren, vom Radar verschwinden oder wiederholt Berufung einlegen“, sagte der Diplomat.